



## **Ethnisches Gewerbe in Berlin: Situationsanalyse 2012**

In den jährlichen Sachberichten, die im Rahmen des Projektes „Netzwerk ethnische Ökonomie“ erstellt werden, wird auch alljährlich eine Analyse der Entwicklungstendenzen im Bereich der ethnischen Ökonomien in Berlin vorgenommen. Diesen Teil des Sachberichtes haben wir zum ersten Mal im Jahr 2009 separat veröffentlicht. Das breite öffentliche Interesse an dieser Publikation veranlasst uns, sie zu aktualisieren. Eine umfassende Beschreibung des Standes von ethnischen Ökonomien in Berlin wird auch in dem in unserer *Reihe Arbeitshefte* erschienenen Artikel „Ethnische Ökonomien in Berlin: Der Stand“<sup>1</sup> geboten.

Das Projekt „Netzwerk ethnische Ökonomie“ wird vom Büro der *Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration* unterstützt.

### **1. Einschätzungen aktueller Trends**

- Die Zunahme der unternehmerischen Tätigkeiten – sei es aus einer Notlage heraus oder aus unternehmerischer Überzeugung – der in Berlin ansässigen Selbständigen mit Migrationshintergrund setzt sich weiter fort.
- Ursache dafür ist auch die zunehmende grenzüberschreitende Zuwanderung von Existenzgründer/innen und Selbständigen; darauf hatten wir bereits in unserer ersten Analyse 2009 hingewiesen. Mittlerweile haben sie in Berlin bereits ein nicht zu unterschätzendes Gewicht erlangt. Diese unternehmerischen Tätigkeiten werden in Zukunft weiter an wirtschaftlicher, politischer und sozialer Bedeutung gewinnen. Gleichzeitig werden die Herausforderungen für die auf diesem Gebiet arbeitenden Einrichtungen, Organisationen und Institutionen komplexer.
- Viele Unternehmen haben mit dem Beginn des ökonomischen Wandels ihre Personalpolitik geändert: Statt mehr Mitarbeiter/innen einzustellen verlagern sie zunehmend Aufträge an Selbständige, welche ihren strikten Anweisungen bei der Organisation der Betriebsführung folgen müssen. Diese Politik wird fortgesetzt werden und führt zu einer zunehmenden Selbständigkeit von ehemaligen Mitarbeiter/innen.
- Der durch die demografische Entwicklung in Deutschland bedingte steigende Bedarf an (qualifizierten) Arbeitskräften wird sich auch in den Berufsfeldern der Selbständigen bemerkbar machen. Er wird überwiegend durch Selbständige mit Migrationshintergrund ausgeglichen werden.

---

<sup>1</sup> Ersöz, Ahmet: Ethnische Ökonomien in Berlin: Der Stand. Berlin 2012 [Reihe Arbeitshefte der Gesellschaft für Urbane Wirtschaft, Beschäftigung und Integration e.V.].

- In der Gesellschaft entwickelt sich eine neue „Kultur der Selbständigkeit“, welche mittlerweile insbesondere bei Personen mit Migrationshintergrund sehr ausgeprägt ist.
- Mit dem Beginn der Debatte über verschiedene Integrationskonzepte sind öffentliche Verwaltungen und andere, auch wirtschaftliche Institutionen sowie verschiedene andere Organisationen auf das Thema *Ethnische Ökonomien* aufmerksam geworden. Es wurden Arbeitsgruppen in verschiedenen Institutionen gebildet, Expertisen erstellt und es entstanden diverse Projekte, um die gewerblichen Aktivitäten von Selbständigen mit Migrationshintergrund zu unterstützen. Oft werden jedoch Kernfragen bei der Existenzgründung und der Führung eines Kleinbetriebes durch Selbständige mit Migrationshintergrund, aber auch die laufende Entwicklung in diesem Bereich, nicht ausreichend berücksichtigt.

## 2. Der Bestand vergrößert sich

Selbst die ergänzungsbedürftigen Angaben der beiden Wirtschaftskammern und des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg bestätigen die hohe Neigung zur Existenzgründung und selbständigen Erwerbstätigkeit durch Personen mit Migrationshintergrund: Im Dezember 2011 zählte die Industrie- und Handelskammer (IHK) Berlin 41.628 Mitgliedsbetriebe, welche von Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit geführt wurden. Im gleichen Zeitraum bezifferte die Handwerkskammer Berlin die Zahl der Betriebe mit ausländischen Inhabern auf etwa 3.510. Somit waren im Jahr 2011 mehr als 45.000 Betriebe von ausländischen Staatsangehörigen Mitglied der beiden Kammern. Unter Berücksichtigung der letzten Mikrozensusergebnisse bezüglich der Angaben zur Bevölkerung und Erwerbstätigkeit sollte es in Berlin grob geschätzt mehr als 65.000 Betriebe von gewerblichen Selbständigen mit Migrationshintergrund geben.

In Berlin werden mehr Existenzgründungen vorgenommen als in den anderen Bundesländern. Die Existenzgründer/innen mit Migrationshintergrund haben dabei einen beachtlichen Anteil. Laut Amt für Statistik Berlin-Brandenburg wurden in den Jahren 2010 und 2011 mehr als 40 Prozent der Gewerbeanmeldungen von Einzelunternehmen durch Selbständige mit ausländischer Staatsangehörigkeit realisiert. Werden diese Zahlen mit den Anmeldungen von deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund ergänzt ist davon auszugehen, dass mehr als die Hälfte der Gewerbeanmeldungen von Selbständigen mit Migrationshintergrund verwirklicht wird. Die Fluktuationsrate unter den ausländischen Selbständigen liegt unter der des Berliner Durchschnitts. Die Frage, inwieweit die Fluktuationsrate unter den deutschen Selbständigen mit Migrationshintergrund der Deutschen ohne Migrationshintergrund angepasst ist muss allerdings offen bleiben, da sie anhand des vorliegenden Datenmaterials nicht beantwortet werden kann. Festzuhalten bleibt aber, dass Selbständige mit Migrationshintergrund mittlerweile zu Akteuren und ihre Betriebe zu einer tragenden Säule der Berliner Wirtschaft geworden sind.

Trotz dieser gewaltigen Entwicklung sind die Selbständigen und Existenzgründer/innen mit Migrationshintergrund mit spezifischen Hürden bei der Gründung und bei der Führung eines Betriebes konfrontiert. Diese führen zum Teil zur Betriebsaufgabe beziehungsweise verhindern die Umsetzung eines tragfähigen Gründungsvorhabens oder erschweren den Ausbau des bestehenden Geschäftes. In verschiedenen Studien und Berichten sind sie formuliert. Wir können sie unter folgenden Punkten zusammenfassen:

- Viele Betriebe sind in den letzten zehn Jahren aus Notlagen heraus entstanden und weisen unterschiedliche Defizite auf.
- Ein Teil der Existenzgründer/innen verfügt nicht über das Profil, das als Voraussetzung zur Gründung und Führung eines Unternehmens für notwendig erachtet wird.
- Das Fehlen von sozialer Anerkennung von Existenzgründer/innen und Selbständigen mit Migrationshintergrund in der Gesellschaft – insbesondere in einigen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Institutionen – bildet eine Hürde in der Integrationsarbeit und in der Aktivierung von unternehmerischen Potenzialen.

Zu dieser Aufzählung können weitere Barrieren benannt werden, die insbesondere bei den neuen Zuwanderer/innen beobachten sind.

### **3. Neue Zuwanderer/innen: ein hohes Potential von Selbständigen und neue Herausforderungen**

In der Diskussion zur Bewertung der hohen Existenzgründungszahlen durch polnische Zuwanderer/innen nach dem EU-Beitritt Polens im Jahr 2004 sahen viele Experten eine große Welle von Scheinselbständigkeit. Sie prognostizierten einen deutlichen Rückgang von Gewerbeanmeldungen mit dem Beginn der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Mai 2011 und eine verstärkte Zuwanderung von polnischen Arbeiter/innen nach Deutschland beziehungsweise nach Berlin. Diese beiden Erwartungen sind nicht eingetreten: Die Gewerbeanmeldungen durch polnische Selbständige werden auf hohem Niveau fortgeführt und der Bestand ihrer Betriebe in Berlin vergrößert sich stetig. Zum 30. Juni 2012 hat die Zahl der polnischen Staatsangehörigen in Berlin zwar gegenüber dem Vorjahr um 6,2 Prozent (absolut: 2.605 Personen) zugenommen, sie blieb aber deutlich unter dem Durchschnitt des gesamten Bevölkerungszuwachses aus den EU-Ländern, der 10,5 Prozent betrug. Die Zahl der polnischen Staatsbürger/innen und ihrer Betriebe in Berlin wird voraussichtlich weiter zunehmen, ein deutlicher Bevölkerungszustrom ist aber nicht zu erwarten.

Eine neue Entwicklung in Berlin sind die hohen positiven Wanderungssaldi aus südlichen und mittelöstlichen EU-Ländern. Sprunghaft gestiegen sind die Zahlen der rumänischen und bulgarischen Zuwanderer/innen in Berlin seit 2007. Auch die italienischen, griechischen und spanischen Communities in Berlin vergrößern sich. Analog

dazu wachsen auch ihre Gewerbeanmeldungen und der Bestand ihrer Betriebe weiter an.

Ein Auslöser der neuen Zuwanderung aus den südlichen EU-Ländern (Italien, Spanien, Portugal und Griechenland) ist die dort herrschende Wirtschaftskrise. Junge, zum Teil gut qualifizierte Arbeitssuchende aus diesen Ländern versuchen zunehmend, in Deutschland einen Arbeitsplatz zu finden und nehmen oft eine Beschäftigung als Selbständige auf. Es gibt ebenfalls Zuwanderer/innen, die bereits mit der Absicht zur Gründung eines Unternehmens nach Berlin reisen („ein sicherer Standort mit Perspektiven“).

Wie es bereits bei den EU-Beitrittsländern von 2004 der Fall war, sieht der Beitrittsvertrag von 2007 mit Bulgarien und Rumänien ebenfalls eine Übergangsphase für die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit vor. Der deutsche Arbeitsmarkt ist für die Arbeitskräfte aus diesen Ländern erst ab Januar 2014 zugänglich, wobei Saisonarbeiter und Fachkräfte von dieser Einschränkung nicht betroffen sind. Die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit für EU-Bürger bleibt dagegen auch für sie unberührt.

Laut Daten der IHK Berlin und des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg wird diese Freiheit umfangreich in Anspruch genommen. Denn der Markt bietet vielen neuen Zuwanderer/innen aus diesen Ländern Arbeit unter der Voraussetzung, dass sie diese als Selbständige ausüben. Für einen anderen Teil ermöglichen es die mitgebrachten Kenntnisse, Fertigkeiten und kulturellen Ressourcen eine selbständige Erwerbstätigkeit in der Nischen- beziehungsweise Ergänzungsökonomie aufzunehmen. Darüber hinaus ist Berlin inzwischen ein Ort, der den jungen, kreativen Gründer/innen große Chancen bietet: Viele Venture-Capital-Unternehmen sind hier tätig, 2011 war das Jahr mit der größten Zunahme an Startups. Diese Gründungen entstehen in den meisten Fällen aus unternehmerischen Ambitionen.

Die Öffentlichkeit betrachtet die neuen Zuwanderungsbewegungen aus den oben genannten EU-Ländern mit Misstrauen und sieht sie in erster Linie als „Flucht in das deutsche Sozialsystem“ – weg von den ärmeren, sich in Krisen befindenden EU-Ländern. Die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit durch bulgarische oder rumänische Staatsbürger wird als ein illegaler Pfad der Arbeitskräftewanderung betrachtet und nicht selten mit dem organisierten Verbrechen in Verbindung gebracht. Auf diese Weise wird in diesen neuen Zuwanderungsbewegungen in erster Linie ein kriminelles Potenzial gesehen, die Leistung hinter diesen unternehmerischen Aktivitäten wird dagegen wenig wahrgenommen. Diese einseitige Sichtweise ist nicht neu: Bereits 2004 waren die Zuwanderer/innen aus Polen mit ähnlichen Vorwürfen konfrontiert. Trotz vieler Hindernisse führen heute viele polnische Zuwanderer/innen etablierte Unternehmen und sind wichtige Akteure in der Berliner Wirtschaft sowie des regen wirtschaftlichen Austausches zwischen Polen und Berlin geworden.

Ein weiterer Punkt in diesem Kontext ist die Zuwanderung von Roma aus südeuropäischen Ländern. Ethnische Diskriminierung, Vertreibung, Repressalien und Armut in den Herkunftsländern bewegen diese Bevölkerungsgruppe zu Flucht und Auswande-

rung in die wohlhabenden Länder Nordeuropas, in der Hoffnung, sich dort ein besseres Leben aufzubauen. Sie erfahren aber auch hier eine heftige Ablehnung mit zum größten Teil rassistischen Begründungen. Dieses Thema ist sehr komplex und kann an dieser Stelle nicht ausführlich behandelt werden, ich beschränke mich daher auf den Aspekt der Selbständigkeit in Berlin.

Roma aus denjenigen EU-Ländern, die vor 2007 die EU-Mitgliedschaft erworben haben, genießen volle Freizügigkeit. Sie können in Berlin jederzeit eine abhängige oder selbständige Beschäftigung aufnehmen. Für Roma aus Bulgarien und Rumänien gilt die oben genannte Einschränkung hinsichtlich ihrer Freizügigkeit. Roma als Flüchtlinge oder Asylbewerber aus nicht EU-Staaten haben in der Regel keinen Zugang zum Arbeitsmarkt. Ein Teil von ihnen, nämlich diejenigen, die während der Balkankrise nach Deutschland beziehungsweise Berlin geflüchtet waren, konnte im Rahmen der Bleiberechtsregelung eine selbständige oder abhängige Erwerbstätigkeit aufnehmen und ihren Aufenthalt in Deutschland beziehungsweise Berlin sichern. Ein beachtlicher Teil ist jedoch aktuell von Abschiebung bedroht.

Zuletzt hat die Zahl von Asylbewerbern, vor allem Roma aus Mazedonien und Serbien, erneut zugenommen. Dies hat in Deutschland und in mehreren anderen europäischen Ländern eine Diskussion darüber ausgelöst, wie über die Aussetzung der Visafreiheit für diese Länder oder durch die Kürzung von Unterstützungsleistungen die Einwanderung aus dieser Region eingedämmt werden kann.

Viele Roma aus Bulgarien und Rumänien gehen in die Selbständigkeit, etliche davon durchaus mit guten Geschäftsideen. Dabei sind sie allerdings mit zahlreichen Hürden konfrontiert, weil sie insbesondere das Wirtschaftssystem in Deutschland unzureichend kennen und der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Zusätzlich erschweren ihnen die negative Einstellung mancher Verwaltungsangestellten sowie aufgehetzter Berliner Bürger/innen den Aufbau eines friedlichen Lebens in Berlin. Gleichzeitig werden sie von kriminellen Banden, „Geschäftspartnern“, Wohnungsvermietern et cetera, sowohl in ihren Heimatländern als auch in Berlin ausgenutzt.

Der Senat reagierte noch in diesem Jahr auf die prekäre Situation von Roma in Berlin mit einer „Berliner Strategie zur Einbeziehung von ausländischen Roma“. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Roma aus Bulgarien, Rumänien und Polen. In diesem Strategiepapier wird festgestellt, dass „in der Summe mit einem dauerhaften Zuzug von Roma zu rechnen ist, deren Einbeziehung eine dringende Aufgabe im langfristigen Interesse Berlins darstellt.“ Um dieser relativ neuen Herausforderung zu begegnen, arbeiten unter der Federführung der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen die zuständigen Senatsverwaltungen und die nachgeordneten Behörden eng zusammen; der Berliner Senat übernimmt die Steuerungsaufgaben. Die Mitwirkung der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung ist lediglich fakultativ, ihre regelmäßige Mitwirkung wäre aber angesichts der hohen Zahl von Roma-Selbständigen sowie auch zur Bewältigung der Themen Existenzgründung und selbständiger Erwerbstätigkeit wünschenswert.

Es mag zwar sein, dass viele der hier lebenden Roma den Weg in die Selbständigkeit gehen, um eine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. Fakt ist aber auch, dass viele Roma aus unterschiedlichen Beweggründen hier bleiben wollen und sich spätestens ab 2014 auch ohne Einschränkung hier aufhalten dürfen. Die Aufnahme einer selbständigen Beschäftigung ist für den größten Teil dieser Gruppe darüber hinaus der einzige Weg zur Erwerbstätigkeit.

Die Zuwanderung aus Drittländern hält weiter an, auch wenn sie deutlich geringer ist, als die Zuwanderung aus EU-Ländern. Familienzusammenführung und Eheschließung sind die häufigsten Motive von NeuZuwanderer/innen, die unter anderem aus der Türkei, dem russischsprachigen Raum oder aus asiatischen, arabisch-afrikanischen sowie lateinamerikanischen Ländern stammen. Auch Menschen aus Krisengebieten finden Zuflucht in Berlin. Auf dem Arbeitsmarkt haben diese neuen Zuwanderer/innen, soweit ihnen die Aufnahme einer Beschäftigung erlaubt ist, nur eine geringere Chance. Viele nehmen vor allem deshalb eine selbständige Erwerbstätigkeit auf.

Die Erfahrung in den Beratungsgesprächen zeigt, dass ein relativ großer Teil dieser Personengruppe über eine höhere Bildung sowie über Berufserfahrung verfügt. Insbesondere neuzugewanderte Frauen sind aktiv, um die finanzielle und soziale Situation ihrer Familie zu verbessern. Für die NeuZuwanderer/innen ist die Existenzgründung beziehungsweise die Führung eines Unternehmens mit neuen Herausforderungen verbunden: Das ökonomische System in Berlin ist ihnen weitgehend unbekannt, sie sind der deutschen Sprache kaum mächtig, kaufmännische Kenntnisse und Gepflogenheiten fehlen ihnen. Dies sowie Hemmnisse durch die Behörden erschweren ihnen die Erledigung einfacher Formalien. Oftmals ist auch kein ausreichendes Startkapital vorhanden.

Die hier allgemein aufgeführten Punkte betreffen jedoch nicht alle Gruppen von NeuZuwanderer/innen in gleicher Intensität. Die zahlenmäßig stärkeren und etablierten Communities verfügen bereits über Netzwerke. Die NeuZuwanderer/innen in den jeweiligen Communities können auf diese Ressourcen zurückgreifen. Auch manche Individuen bringen Eigenschaften mit, die Ihnen die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit erleichtern. Deshalb ist eine zielgruppenorientierte ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ notwendig, um ihre frühzeitige Einbindung in das Wirtschaftsleben und ihren sozialen Integrationsprozess zu beschleunigen.

Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen Berlins liegen zu einem großen Teil in der wirtschaftlichen Verflechtung mit den östlichen EU-Ländern. Die Selbständigen aus diesen Ländern können dabei eine entscheidende Rolle spielen: Berlin braucht dynamische Menschen mit unternehmerischem Geist und neuen Ideen. Bislang wurde ein Mangel an Fachkräften in der Berliner Wirtschaft prognostiziert. Wie bereits oben erwähnt gibt es in Berlin grob geschätzt mehr als 65.000 Betriebe von Selbständigen mit Migrationshintergrund, mehr als die Hälfte der gewerblichen Neuanmeldungen wird von dieser Personengruppe vorgenommen. Ohne die wirtschaftlichen Aktivitäten von Selbständigen mit Migrationshintergrund hätte Berlin bereits

jetzt einen Mangel an Selbständigen. Es ist für die Politik eine große Herausforderung, die Zuwanderung von Existenzgründer/innen und Kleingewerbetreibenden zu unterstützen und darüber hinaus Instrumente zur gezielten Anwerbung von Personen mit unternehmerischem Drang und neuen Geschäftsideen zu schaffen.

#### **4. Eine neue Personalpolitik von Unternehmen: aus ehemaligen Mitarbeitern werden neue Geschäftspartner**

In vielen Bereichen der Wirtschaft geben Unternehmen einen Teil ihrer Kernaufgaben als Auftrag an Selbständige ab, die ihre ehemaligen Mitarbeiter/innen sind oder sich als Arbeitnehmer/innen bei ihnen bewerben. Bauunternehmen arbeiten beispielsweise fast nur mit Selbständigen, die ehemals in diesen Unternehmen zum Beispiel als Maurer angestellt waren. Auch Hausmeister werden oft nicht eingestellt, sondern ihre Anmeldung als Selbständige vorausgesetzt. Viele Reinigungskräfte arbeiten ebenfalls unter diesen Bedingungen. Die Vor- und Nachteile dieser neuen Form der Selbständigkeit beziehungsweise ihre Auswirkungen auf die typischen Beschäftigungsverhältnisse sind hier nicht das Thema. Fakt ist, dass die Zahl dieser Selbständigen sowohl in qualifizierten als auch in weniger qualifizierten Bereichen zunimmt und Migrant/innen eher bereit sind, unter diesen Bedingungen eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Dies kann für sie eine Chance zur Entwicklung einer „unabhängigen Selbständigkeit“ sein, sie sind dabei aber besonders auf begleitende Unterstützung angewiesen.

#### **5. Förderung ethnischer Ökonomien: Institutionen, Organisationen und das Thema ethnische Ökonomien**

Die Betonung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der ethnischen Ökonomien für das Land Berlin und die Notwendigkeit einer Förderung dieses Bereichs in den Integrationskonzepten des Senats hat die Aufmerksamkeit von Initiativen und Organisationen für dieses Thema geweckt. Mit der Benennung der ethnischen Ökonomien als ein konkretes Handlungsfeld in Förderprogrammen sind zahlreiche Projekte entstanden, welche ausschließlich oder teilweise ihre Tätigkeit der ethnischen Ökonomien widmen. Bei der Gestaltung und Durchführung der Vorhaben entstehen aber neue Probleme:

- Für Träger oder Antragsteller ist das Thema ein neues Feld. Oft werden Mitarbeiter/innen für die Umsetzung der Projekte eingesetzt, die mit den Zielgruppen und mit ihren spezifischen Anliegen nicht vertraut sind und denen darüber hinaus interkulturelle Kompetenz sowie Kenntnisse über die Probleme der Notgründungen und Kleinstbetriebe fehlen.
- Das Ausmaß des Handlungsbedarfs in diesem Segment wurde lange unterschätzt und mit zu kurzfristigen Projekten operiert. Kontinuität und eine langfristige Planung der Arbeit waren so nicht gewährleistet.

Auf institutioneller Ebene sind mittlerweile Initiativen entstanden, welche die politische Sensibilisierung für ethnische Ökonomien widerspiegeln und auf die Schaffung von langfristigen Instrumenten zur Unterstützung ethnischer Ökonomien hoffen lassen. Neben den Arbeitskreisen der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung und der Industrie- und Handelskammer sind die ethnischen Ökonomien auch in verschiedenen Arbeitsgruppen der Senatsverwaltungen ein Dauerthema geworden. Bislang konnte aber weder ein Konzept noch eine gemeinsame Strategie realisiert werden.

Ahmet Ersöz, 2012